

MILITÄRPOLITIK

Kommando Peacemaker

Die Nato setzt vermehrt auf Kooperation mit ONGs. Wie gut, dass Luxemburgs Verteidigungsminister auch das Budget für Entwicklungshilfe kontrolliert.

Ein leichtes Schmunzeln dürfte Jean-Louis Schiltz nicht unterdrückt haben. Als die Verteidigungsminister der Nato-Mitgliedsstaaten Ende vergangener Woche in Brüssel die ministeriellen Richtlinien für die Reform der Militärstrategie absegneten, bildete er in Persona die Avantgarde. Denn in dem als Verschlussache behandelten Reader zum Streitkräfte-Planungsprozess wird die Notwendigkeit von "Maßnahmen für eine effektive Zusammenarbeit" mit internationalen Organisationen und ONGs betont. Angesichts dieser Aufgabenstellung hat einer, der sowohl die staatliche Verteidigungspolitik als auch die Entwicklungshilfe koordiniert, tatsächlich gut lachen.

Die "neuen Planungsziele" für die Mitgliedsstaaten, die Schiltz gemeinsam mit seinen Amtskollegen beschloss, markieren den Abschied vom "großen Krieg", wie Nato-Sprecher James Appathurai es formulierte. Statt dessen soll die Nato künftig in der Lage sein, eine größere Anzahl kleiner Militäroperationen parallel durchzuführen.

Es gelte neue Herausforderungen zu bewältigen, bestätigt Verteidigungsminister Schiltz: "In den vergangenen Jahren gab es immer mehr regionale Konflikte. Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten. Es besteht eine internationale Verantwortung, bei der auch Luxemburg nicht wegsehen kann", bekräftigt er im Gespräch mit der woxx. Die wichtigste Prämisse für die künftige Militärplanung sieht er in der Komplementarität der Mitglieder. Jeder sei nach seinen Möglichkeiten gefordert.

Für Luxemburg liege die Priorität deshalb im weiteren Ausbau der "Nato Response Force" (NRF), einer schnellen Eingreiftruppe, die ständig einsatzbereit ist und bis zu 30 Tage ohne Unterstützung in allen Krisengebieten der Welt operieren können soll. Dieser Tage soll die NRF eine Truppenstärke von 25.000 Soldaten erreichen. Im Jahr 2010 wird dann auch Luxemburg mit einer

20 Personen umfassenden Aufklärungseinheit an der NRF beteiligt sein.

Was von der Nato als "substantielle Neuausrichtung" angekündigt wurde, ist im Grunde nichts anderes als die Umsetzung der Petersberg-Erklärung von 1992, bei der auch humanitäre Aufgaben in den Mittelpunkt des Engagements gerückt wurden. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri schreibt diesbezüglich in seinem soeben veröffentlichten Jahresbericht, die Nato sei nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch um eine klare strategische Ausrichtung und deren Legitimierung bemüht: "Sie versucht, ihre Bedeutung aufzuwerten, indem sie sich neue Aufgaben sucht, wie etwa Staatenbildung ohne den offensiven Einsatz von Waffen, indirekte friedenserhaltende Maßnahmen und humanitäre Hilfe unter Verwendung von militärischen Ressourcen."

Gefahr der Instrumentalisierung

Doch auch nicht-militärische Ressourcen rücken in den Fokus. So forderte Schiltz gegenüber dem "Wort" jüngst die Nutzung der "Synergien" von Nato und "zivilen Partnern". Eine Vorstellung, bei der Romain Schroeder von Caritas Luxemburg mulmig wird. Schließlich hätten bereits die Erfahrungen in Afghanistan gezeigt, dass es zu einem Verwischen der Grenzen zwischen humanitärem und militärischem Engagement kommen kann. "Dort sind Militär und ONGs im selben geographischen Gebiet tätig, was zwangsläufig zu Interaktionen führt", sagt Schroeder. "Wir sind nicht der Meinung, dass die dortige Praxis der Provincial Reconstruction Teams eine günstige Form der Zusammenarbeit sind. Humanitäre Hilfe muss sich Unabhängigkeit bewahren, um Vertrauen und Zugang zu den Opfern zu bekommen. Wenn etwa der Verdacht entstehe, zivile Helfer spionierten militärische Ziele aus, könnten diese ihre Arbeit

nicht mehr machen. Vielmehr würden sie selbst zur Zielscheibe und gefährdeten damit wiederum die Hilfsbedürftigen.

"Wo es keine Sicherheit gibt, findet auch keine Entwicklung statt", wendet Schiltz demgegenüber ein. "Wenn wir ein Klima der Sicherheit schaffen wollen, müssen wir nötigenfalls auch die erforderlichen Kapazitäten bereitstellen - wir können nicht einfach sagen, dieser Aspekt interessiert uns nicht." Darüber hinaus habe er jedoch immer die Trennung der Aufgabenfelder Entwicklungshilfe und Verteidigungspolitik betont, so der Minister: "Jeder soll machen was er kann, anstatt zu versuchen, das zu machen, was andere besser können". Entsprechend seien bestimmte Missionen fürs Militär reserviert.

Romain Schroeder sind die Bekräftigungen des Doppelministers bekannt. "Wir haben ihn vor zwei Monaten gemeinsam mit dem Roten Kreuz und den Médecins sans Frontières in einem Brief noch einmal darauf hingewiesen, dass es zu Interessenkonflikten kommen kann". Doch Schiltz' Äußerung im "Wort", auch die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung einer Krisenregion stehe künftig im Mittelpunkt von Militärmissionen, stößt bei Schroeder auf Kritik. "Wir sehen einen Widerspruch zwischen dieser Aussage und dem Willen, an Kernkompetenzen festzuhalten", sagt der Caritas-Mitarbeiter. Das Militär könne zwar die Grundlage für die Stabilisierung einer Gesellschaft bereiten, nicht jedoch diese selbst umsetzen.

Auch in ihrer vor einiger Zeit veröffentlichten Broschüre zum Thema "Politische Spannungsfelder in der humanitären Hilfe" weist die Caritas darauf hin, die Regierung habe sich zwar "wiederholt für eine strikte Trennung zwischen humanitärer Hilfe und dem Militär ausgesprochen, die Realität hingegen spricht teilweise eine andere Sprache". Dies ergebe sich oft bereits aus dem Bemühen, nicht als Besatzungsmacht betrachtet zu werden, so Schroeder.

Die Gefahr, dass ONGs zu Vorfeldorganisationen des Staates oder Erfüllungsgehilfen nichthumanitärer politischer Interessen werden, besteht nicht erst, seit die deutsche ONG "Cap Anamur" vor dem Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien gemeinsam mit der deutschen Regierung die Kriegstrommel rührte. Dessen ist man sich auch bei der Caritas bewusst. In der genannten Broschüre werden die luxemburgischen ONGs kritisiert, diese hätten es versäumt, "eine breite Debatte der aktuellen Probleme auf nationaler Ebene zu lancieren". Zwar gebe es mittlerweile verschiedene Ansätze, doch müsse der Austausch noch intensiviert werden, sagt Schroeder. Auf jeden Fall werde man die von Schiltz angekündigte politische Debatte über die Zukunft der luxemburgischen Militärpolitik ganz genau verfolgen.

Thorsten Fuchshuber

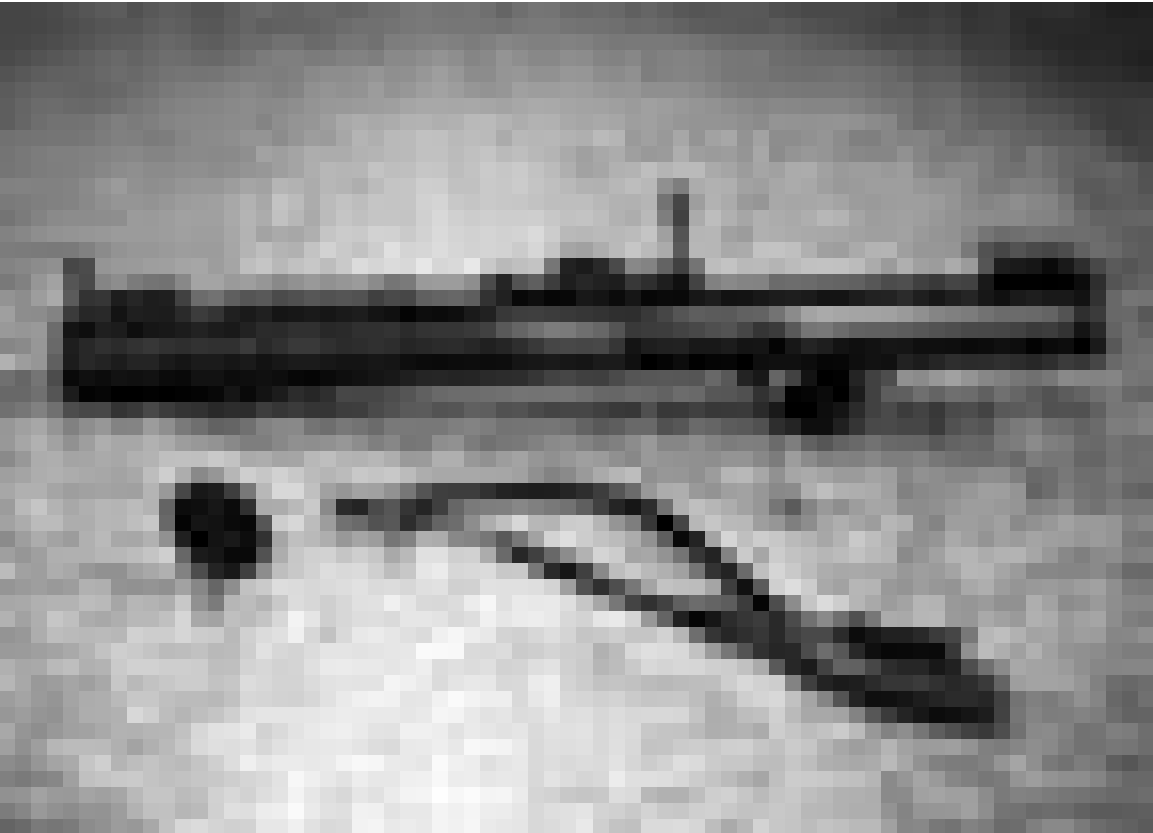
Tabak: Parlament strenger als Regierung

Am Donnerstag morgen tagte die parlamentarische Gesundheitskommission im Beisein der Minister für Gesundheit, Arbeit und öffentlicher Dienst. Grund: das Gesetzesprojekt zur Verschärfung des Rauchverbots, das noch vor dem Sommer verabschiedet werden soll (siehe woxx Nr. 852). Nicht nur die Opposition in Form der Grünen, sondern auch mehrere Abgeordnete der Mehrheitsparteien hatten sich in den letzten Wochen für einen strengeren Text ausgesprochen als den von Mars di Bartolomeo vorgelegten. Der klammerte bislang den Aspekt des Rauchens am Arbeitsplatz fast völlig aus. Nur der Bereich der Gastronomie war einbezogen worden, und dies lediglich unter dem Gesichtspunkt der KonsumentInnen, nicht des Personals. Heute morgen hat sich die Kommission nun darauf festgelegt, diesen Aspekt in das Gesetzesprojekt einzufügen. Allerdings scheint die angestrebte Lösung die zu sein, dass die Arbeitgeber einer "obligation de résultat" unterliegen sollen, was den Schutz der NichtraucherInnen betrifft - welche Maßnahmen sie treffen, bleibt aber ihnen überlassen. In Punkto öffentlicher Dienst, soll das Staatsbeamtenstatut einen entsprechenden Passus erhalten. Der grüne Abgeordnete Jean Huss zeigte sich gegenüber der woxx unzufrieden mit diesen Vorschlägen: "Ich verstehe nicht, dass die Mehrheitsparteien hier von einem Durchbruch reden. Ich möchte den Beschäftigten sehen, der gegen seinen Arbeitgeber klagt, wenn er das Gesetz nicht einhält. Eine einfache und effiziente Lösung, wie sie auch von den Berufskammern gefordert wird, wäre ein klares Rauchverbot."

Bereits nächsten Donnerstag soll am Text weiter gearbeitet werden. Dabei werden sowohl die grünen Änderungsvorschläge, die ein restriktiveres Gesetz anvisieren, als auch jene der DP behandelt werden, die den Text eher noch abschwächen will. Zur Sprache kommen wird dann auch der Aspekt der Gastronomie, für den der Gesetzesvorschlag mehrere Ausnahmebefugnisse vorsieht: So sollen Restaurants in Raucher- und Nichtraucherzonen aufgeteilt werden können, während das Rauchverbot in Kneipen zur Essenszeit gilt. Jean Huss: "Wir werden auch hier unsere Forderung nach einem schlichten Verbot aufrecht erhalten. Ich mache mir allerdings keine Illusionen darüber, dass diese Änderungsvorschläge Erfolg haben könnten." Lediglich was das Rauchverbot in Schulen und Krankenhäusern betrifft, wollen die Mehrheitsparteien weiter gehen als ihre Minister.

Fußball macht frei

Dass die Deutschen den substanziellen Unterschied zwischen Partylaune und Pogromstimmung immer noch nicht gelernt haben, kann man dieser Tage jenseits der Mosel erleben. Daraus folgt: Wenn in Deutschland gefeiert wird, kann man nur noch in Deckung gehen und sich in die schützenden Hände der konstitutionellen Monarchie begeben. Schließlich ist nicht jeder so verrückt wie der Spiegel-Kollege, der sich zum Zweck des Selbstversuchs mit Polen-Fahne auf die Straße begab, nur um dann erstaunt festzustellen, dass man in seinem Land dafür tatsächlich angepöbelt und verprügelt wird. Unterdessen versuchen die Deutschen ihrer Umwelt allen Ernstes weiß zu machen, das "nationale Erwachen", das alle in einen schwarz-rot-goldenen Taumel stürzt, sei doch ganz harmlos. Deswegen müsse man doch nicht schon wieder eine Patriotismusdebatte beginnen. Das finden wir allerdings auch: Debattieren lässt sich darüber nicht. Die deutschen Zustände, wie old Karl Marx feststellte, sind sowieso unter aller Kritik.



Passt in jede Handtasche und sorgt für Recht und Ordnung: LAW (Leichte Antipanzers-Waffe) gehört zur Grundausrüstung der Luxemburger Armee. (Foto: armee.lu)